



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER OKTOBER 2023

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Arbeit lohnt sich. Über 45 Millionen Menschen sind erwerbstätig. 35 Millionen davon sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Es ist erschütternd und spaltend, wie von manch rechter und ganz rechter Seite Geringverdienende gegen Leistungsbeziehende ausgespielt werden. Mancher CSU Landtagsabgeordneter ist sich nicht zu schade ein Filmchen zu bespielen und damit die Leute aufzuhetzen. Eine CSU-Landtagskandidatin meinte, das Bürgergeld sei viel zu hoch und will Bürgergeldempfänger zur Tafel schicken. Hätte die CDU/CSU doch lieber mal der Erhöhung des Mindestlohns zugestimmt. Mit zu niedrigen Löhnen scheinen sie keine Probleme zu haben.

Das Bürgergeld wird immer der Inflation angepasst, weil es das Existenzminimum ist. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden und das geht auch alles automatisch, ohne dass die Politik hier eingreift. Die mittlere Inflation lag zwar zwischen 6 und 10 %, aber im Bereich Lebensmittel, Energie etc. (Warenkorb Bürgergeld) bei über 20%. Das merkt jeder, der einkaufen geht. Übrigens sind 25% aller Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger berufstätig und dennoch auf Bürgergeld angewiesen, weil ihr Verdienst so gering ist. Statt hier zu einer Lösung beizutragen, fordert die Union, dass man bis 72 arbeiten soll. Es ist brandgefährlich, derart mit Gefühlen zu spielen, Neid zu wecken und damit die Gesellschaft zu spalten.

Gute Lektüre, Ihr/Euer

Bernd Rützel

3



10 Jahre im Bundestag

5



Antworten zum
Heizungsgesetz

7



Felix-Freudenberger-Preis
verliehen

8



Krankenhäuser im Blick

KLARTEXT

ARBEIT LOHNT SICH



Über 45 Mio. Menschen waren Anfang 2023 erwerbstätig. Arbeit ist Broterwerb, aber sie ist mehr. Sie bringt Austausch, Anerkennung, Sinn und später Rente. Wer arbeitet, hat die Chance auf

Aufstieg, mehr Geld und Wohlstand.

Auch wenn es nicht nur ums Geld geht: Wo es keine Tarifverträge gibt, helfen wir und sorgen für bessere Löhne. Mit dem Mindestlohn haben wir einen Meilenstein gesetzt. Seit seiner Einführung 2015 ist dieser über 29 % angewachsen – eine Lohnerhöhung für Millionen Menschen. Mit 12,41 Euro zum 01.01.2024 und 12,82 Euro zum 01.01.2025 sind wir nun im obersten Drittel in Europa. Dennoch: Tariflöhne müssen wieder Standard sein, deshalb werden wir öffentliche Aufträge mit einer Tariftreuregelung nur noch an Unternehmen vergeben, die nach Tarif zahlen.

Wir haben unseren Sozialstaat so aufgestellt, dass man mit Arbeit finanziell immer besser dasteht als würde man nur Sozialleistungen beziehen. Beim Bürgergeld sorgen deutlich höhere Einkommensfreibeträge dafür, dass Menschen, die arbeiten, aber zu wenig verdienen und ergänzend auf Grundsicherung angewiesen sind, besser dastehen. Wer für 520 bis 1.000 Euro arbeitet, bekommt 30 Prozent davon nicht angerechnet. Bei Schülern, Studierenden, Azubis und Freiwilligendienstleistenden unter 25 Jahren wird Einkommen aus Job, Ausbildung oder Taschengeld aus Freiwilligendienst bis zur Höhe der Minijobgrenze nicht mehr angerechnet. So bleibt mit Arbeit immer mehr

Geld als ohne. Wer sich anstrengt und arbeitet hat durch Freibeträge immer mehr Geld, als würde er nicht arbeiten. Für alle, die bis zu 2.000 Euro verdienen, wurden die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge reduziert, ohne dass es Abstriche bei der Rente gibt. Das setzt zusätzliche Anreize zu arbeiten. Wer Bürgergeld bezieht, muss zumutbare Arbeit annehmen – sonst gibt es Leistungskürzungen.

Außerdem haben wir das Wohngeld erhöht. Davon profitieren 2 Mio. Haushalte mit kleinem Einkommen. Es kommt gerade Familien und Alleinerziehenden zugute, die trotz Arbeit mit niedrigen Einkommen auskommen und hohe Kosten für die eigene Wohnung haben. Zur Unterstützung arbeitender Eltern wurde zum 01.01.2023 außerdem das Kindergeld auf 250 Euro erhöht. Davon profitieren vor allem Erwerbstätige. Zusätzlich wurde der Kinderzuschlag deutlich angehoben. Er unterstützt Eltern, die arbeiten und damit auch genug verdienen, um für sich selbst zu sorgen, bei denen es aber nicht oder nur knapp reicht, um für den gesamten Bedarf der Familie aufzukommen. Sie bekommen zusätzlich zum Kindergeld einen Kinderzuschlag von bis zu 250 Euro – das ist ein echter Anreiz für Eltern zu arbeiten.

Es ist nicht nur sachlich falsch zu behaupten, Arbeit lohne sich nicht mehr – es ist unredlich und gefährlich, Geringverdienende und Leistungsbeziehende gegeneinander auszuspielen. Eine solidarische Gesellschaft darf niemanden hängen lassen, der in Not geraten ist und muss gleichzeitig diejenigen im Blick behalten, die ihren Beitrag für die Gemeinschaft leisten. Genau das tun wir.

10 JAHRE IM BUNDESTAG

BÜRO-JUBILÄUM AM 20. NOVEMBER



Edith Rützel

Am 22. September durfte ich ein schönes Jubiläum begehen: Vor 10 Jahren wurde ich zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt. Seitdem darf ich meine Heimat in Berlin vertreten und im Ausschuss für Arbeit und Soziales daran mitwirken, dieses Land sozialer und gerechter zu machen. Herzlichen Dank an alle, die entweder mit ihrer Stimme oder mit ihrem Engagement in unseren Wahlkämpfen dafür gesorgt haben, dass ich für Sie und Euch Politik machen darf!

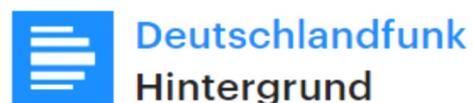
**HERZLICHE EINLADUNG
zu 10 Jahre Bürgerbüro
XXL-Sprechstunde
mit Kaffee und Kuchen
Mo, 20.11., 9-12 Uhr**

„Definiere Demokratie“

DER DEUTSCHLANDFUNK HAT MICH IN BERLIN UND GEMÜNDEN BEGLEITET

Die Reihe „Definition Demokratie“ vom Deutschlandfunk beleuchtet unsere Demokratie von den Wahlkreisen vor Ort bis zur Arbeit in Berlin. In der aktuellen Ausgabe geht es um Fachpolitiker und deren Einfluss auf die Gesetzgebung. Als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales hat mich die Journa-

listin Ann-Kathrin Jeske an mehreren Tagen begleitet und ein spannendes Portrait meiner Arbeit erstellt. Anhören mit einem Klick auf das Logo:



UNSERE BILANZ

„GUT FUNKTIONIERENDE REGIERUNG“

Eine aktuelle Studie Bertelsmann-Stiftung bescheinigt der Bundesregierung „eine insgesamt sehr positive und vielversprechende Halbzeitbilanz“: Knapp 2/3 des Koalitionsvertrags hat die Ampel demnach bereits umgesetzt oder angepackt. Für mehr Infos einfach eine der beiden Grafiken anklicken:

Wir liefern!

Knapp zwei Drittel des Koalitionsvertrages bereits umgesetzt oder angepackt

„Im Kontrast zum derzeit eher negativen öffentlichen Erscheinungsbild der Ampel-Regierung zeigt die tatsächliche Regierungsbilanz zur Halbzeit der Legislaturperiode eine **gut funktionierende und in vollem Lauf befindliche Regierung**, deren bisherige Umsetzungsleistung sehr viel besser und vielversprechender ist, als es ihr öffentliches Bild als ‚Streitkoalition‘ vermuten lässt.“

— Bertelsmann-Stiftung

Quelle: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Mehr Koalition wagen. Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2021, Gütersloh, September 2023

SPD Fraktion im Bundestag

Wir liefern!

Knapp zwei Drittel des Koalitionsvertrages bereits umgesetzt oder angepackt



„Eine insgesamt **sehr vielversprechende Halbzeitbilanz...**“ — Bertelsmann-Stiftung

Quelle: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Mehr Koalition wagen. Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2021, Gütersloh, September 2023

SPD Fraktion im Bundestag



POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

ERWERBSTÄTIGKET VON GEFLÜCHTETEN STEIGT DEUTLICH

In Deutschland lebende Geflüchtete
(ohne ukrainische Staatsbürger): 2,2 Mio. Menschen

Erwerbstätigenquote:

im ersten Jahr nach Zuzug: 7 Prozent
im sechsten Jahr nach Zuzug: 54 Prozent
im siebten Jahr nach Zuzug: 62 Prozent

Anteil der Vollzeitbeschäftigten:

im ersten Jahr nach Zuzug: 28 Prozent
im sechsten Jahr nach Zuzug: 65 Prozent
im siebten Jahr nach Zuzug: 69 Prozent

Anteil erwachsener Geflüchteter mit Weiterbildung in Deutschland:

im ersten Jahr nach Zuzug: 7 Prozent
im sechsten Jahr nach Zuzug: 33 Prozent

Mittleres Bruttomonatsentgelt vollzeiterwerbstätiger Geflüchteter:

im ersten Jahr nach Zuzug: 1.660 Euro
im sechsten Jahr nach Zuzug: 2.037 Euro

Quelle: IAB-Kurzbericht 13/2023



ANTWORTEN

ZUR WÄRMEWENDE

Für die SPD-Bundestagsfraktion gilt: Jeder muss die Möglichkeit haben, auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen, ohne damit finanziell überfordert zu werden. Das gilt auch beim Heizen. Wie und wann Eigentümer das Heizen umstellen müssen, wird im Gebäudeenergiegesetz (GEG) geregelt. Flankiert werden die Anforderungen an die Heizungen durch Fördergelder. Das Gesetz wurde Anfang September verabschiedet. Die wichtigsten Fragen und Antworten:

Warum muss die Wärmewende jetzt eingeleitet werden?

Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 seine Treibhausgasemissionen auf null zu reduzieren. Das Klimaschutzgesetz, die flächendeckende kommunale Wärmeplanung und eine umfangreiche, sozial ausgewogene Förderung sind die Voraussetzung für die Einhaltung dieser Ziele. Der Betrieb von Gebäuden durch Heizen und die Versorgung mit Warmwasser verursachen in Deutschland etwa 35 Prozent des Endenergieverbrauchs und etwa 30 Prozent der CO₂-Emissionen. Die Wärmewende ist also ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Wann muss ich meine Heizung austauschen?

Zentrale Vorgabe der geplanten Neuregelung im GEG ist, dass neu eingebaute Heizungen mindestens zu 65 Prozent mit erneuerbarer Energie betrieben werden. In Neubaugebieten gilt diese Vorgabe ab dem 1. Januar 2024. Bei bestehenden Gebäuden greift sie für neue Heizungen erst, wenn eine kommunale Wärmeplanung vorliegt. Große Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern haben dafür bis Mitte 2026 Zeit, kleinere Gemeinden bis Mitte 2028.

Erst, wenn die Heizung kaputt ist und nicht mehr repariert werden kann, muss eine neue eingebaut oder ein Netzanschluss geplant werden. Funktionierende Gas- und Ölheizungen können also weitergenutzt werden. Fossile Brennstoffe dürfen aber längstens bis zum 31. Dezember 2044 eingesetzt werden.

Was ist die kommunale Wärmeplanung?

Aus der kommunalen Wärmeplanung wird für alle vor Ort ersichtlich, welche Wärmeversorgungsmöglichkeiten in ihrer Straße geplant werden und zukünftig zur Verfügung stehen. Auf dieser Basis können Eigentümer aus den vor Ort zur Verfügung stehenden Alternativen die für sich beste Wärmeversorgung wählen, z. B. Fernwärme, Strom, klimaneutrales Gas, Holz und Pellets oder anderes.

Darf man eine Öl- oder Gasheizung neu einbauen?

Ja, mit Ausnahme von Neubaugebieten. In allen übrigen Gebieten allerdings nur bis zum Vorliegen einer kommunalen Wärmeplanung (s.o.), wobei Gasheizungen wasserstofffähig sein müssen. Alle, die dies in Erwägung ziehen, erhalten eine verpflichtende Beratung. Wer sich trotzdem für eine Öl- oder Gasheizung entscheidet, muss ab 2029 klimaneutrale Brennstoffe (Biomethan, Wasserstoff) nutzen.



Der Umstieg auf klimafreundliches Heizen sorgt nicht nur für mehr Klimaschutz, sondern ist auf Dauer auch kostengünstiger. Da die Preise für Gas und Öl in den kommenden Jahren stark steigen werden, wird Heizen mit fossilen Brennstoffen für viele Menschen deutlich teurer. Daher rechnet sich die Anschaffung einer zu Beginn zwar teureren, aber staatlich geförderten klimafreundlichen Heizung.

Welche Auswahl an klimafreundlichen Heizungen gibt es?

Wichtigstes Kriterium: Die neue Heizung muss mit mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energie betrieben werden. Möglich sind daher sieben Standardoptionen (Wärmenetz, Wärmepumpe, Stromdirektheizung, solarthermische Anlage, Heizung mit Biomasse oder Wasserstoff, Solarthermie-Hybridheizung und Wärmepumpen-Hybrid-Heizung) plus etliche Kombinationsmöglichkeiten.

Welche Förderung gibt es?

Der Einbau klimafreundlicher Heizungen soll mit bis zu 70 Prozent der Investitionskosten gefördert werden. Wer eine klimafreundliche Heizung einbaut, bekommt 30 Prozent der Investitionskosten als Sockelförderung.

Wer ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von bis zu 40.000 Euro hat, soll weitere 30 Prozent Förderung bekommen. Wer schon vor 2028 umrüstet, bekommt einen Bonus von 20 Prozent. Förderfähig sind Investitionskosten bis zu 30.000 Euro. Außerdem soll es zinsgünstige Kredite für Haushalte mit zu versteuerndem Einkommen bis zu 90.000 Euro geben.

Wie werden Mieter geschützt?

Um Mieterinnen und Mieter vor hohen Belastungen zu schützen, können Vermieter die Kosten für eine energetische Modernisierung maximal nur in Höhe von 50 Cent pro Quadratmeter auf ihre Mieter umlegen. Wird dies trotzdem eine unangemessene finanzielle Belastung, kann ein Härtefall einwand geltend gemacht und die Mietsteigerung begrenzt werden.

Warum hat das Bundesverfassungsgericht angeordnet, dass das Gesetz nicht mehr wie geplant Anfang Juli beschlossen werden konnte?

Die Ampel-Fraktionen hätten das Gebäudeenergiegesetz gern in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause verabschiedet, damit die Bürgerinnen und Bürger Planungssicherheit haben und wissen, was auf sie zukommt. Ein Abgeordneter der CDU hat einen Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, mit der Begründung, dass ihm als Abgeordneter nicht ausreichend Zeit eingeräumt worden sei, sich mit dem Entwurf zu beschäftigen.

Das Bundesverfassungsgericht aber hat dem Eilantrag teilweise stattgegeben mit der Begründung, dass es nicht ausschließen könne, dass durch das schnelle Verfahren die Rechte Abgeordneter verletzt worden seien. Ob durch das Verfahren tatsächlich Rechte von Abgeordneten beeinträchtigt worden sind, wird aber erst abschließend in der Hauptverhandlung geprüft und entschieden.

Die Ampel-Fraktionen haben schon vor der Sommerpause klar gemacht, das Gesetz in der vorliegenden Form zu beschließen und nicht mehr zu ändern, damit bereits im Juli alle Planungssicherheit hatten, was ab 2024 kommen wird.



SPD Unterfranken

WÜRDIGUNG

FELIX-FREUDENBERGER-PREIS

Zum vierten Mal hat die UnterfrankenSPD den Felix-Freudenberger-Preis verliehen. Der nach dem Würzburger Sozialdemokraten Felix Freudenberger (1874-1927) benannte Preis wird an Personen bzw. Initiativen verliehen, die sich um Kunst und Kultur, Bildung bzw. Zivilcourage verdient gemacht haben.

Den Hauptpreis erhielt der Würzburger Verein „Denkort Deportationen“, Laudator war Alexander Kolbow. Der Förderpreis ging an den Aschaffenburg Verein „Migranten für Migranten“, Laudatorin war Martina Fehlner, MdL. Die Schulfamilie der Udo-Lindenberg-Mittelschule Mellrichstadt wurde für ihr Engagement gegen Rassismus mit einem Sonderpreis ausgezeichnet, Laudatorin war Johanna Bamberg-Reinwand.

„Wir sind Ihnen für Ihren Einsatz für unsere Gesellschaft zu großem Dank verpflichtet“, würdigte ich als Vorsitzender der UnterfrankenSPD das Wirken der Preisträgerinnen und Preisträger. Dem schloss sich Volkmarr Halbleib als Juryvorsitzender an: „Gerade in der heutigen Zeit mit zunehmenden Attacken vom rechten Rand ist es wichtig, Flagge zu zeigen und sich einzusetzen. Sie sind in dieser Hinsicht vorbildlich.“

[Mehr zur Preisverleihung auf der Seite der UnterfrankenSPD.](#)



Flori Grosse

VORSTAND

NEUE SPITZE DER LANDESGRUPPE

Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten haben sich eine neue Führungsspitze bestimmt. Bei den turnusgemäßen Neuwahlen in der Mitte der Legislaturperiode wurde mit Dr. Carolin Wagner und Carsten Träger zum ersten Mal eine Doppelspitze gewählt.

Ich freue mich sehr, dass ich neben Ulrike Bahr (Augsburg, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und SPD-Bezirksvorsitzende Schwaben) und Carmen Wegge (Starnberg-Landsberg am Lech) zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde.

Die Regensburger Abgeordnete Wagner ist seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied in den Ausschüssen für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie Digitales. Bereits seit 2019 ist Wagner Bezirksvorsitzende der Oberpfalz-SPD. Carsten Träger aus Fürth ist Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Er ist seit 2013 Mitglied des Bundestags und Bezirksvorsitzender in Mittelfranken.

[Mehr auf der Seite der SPD-Landesgruppe Bayern](#)



Sasin Tipchai | Pixabay

GESUNDHEIT

KRANKENHÄUSER IM BLICK

Wer eine OP vor sich hat, braucht verlässliche Infos darüber, in welchem Krankenhaus die bestmögliche Behandlung zu erwarten ist. Genau dafür sorgen wir! Mit dem Krankenhaus-Transparenzgesetz wird es ab dem kommenden Jahr ein Online-Infoportal geben, in dem die Patienten alle verfügbaren Krankenhausdaten einsehen können – etwa wie oft Eingriffe vorgenommen werden und wie viele Fachärzte und Pflegenden in der Klinik arbeiten. Das Portal enthält auch Informationen darüber, wie oft Eingriffe nicht gut verlaufen sind. Viele dieser Daten werden zwar schon erhoben, sind aber bisher nur schwer einzusehen.

Mit dem Info-Portal packen wir den ersten Teil der Krankenhausreform an, die derzeit vorbereitet wird. In einem zweiten Schritt strukturieren wir das Krankenhauswesen neu. Unser Ziel ist dabei, die Qualität der Behandlungen zu verbessern und sicherzustellen, dass Kliniken nur das anbieten, was sie am besten können. Hand in Hand mit den Bundesländern, die für die Krankenhausplanung zuständig sind.

[Mehr](#) Infos zum neuen Transparenz-Gesetz gibt es auf der Seite des Bundesgesundheitsministeriums.



SPD-Landesgruppe Bayern

WOHLFAHRT

TREFFEN MIT SPD-LANDESGRUPPE

Anfang September hatten wir als bayerische SPD-Abgeordnete einen guten und wichtigen Austausch mit dem Geschäftsführer der Freien Wohlfahrtspflege Bayern Wilfried Mück und dem Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) e. V. Dr. Gerhard Timm.

Freie Wohlfahrtspflege? Das sind alle Dienste und Einrichtungen, die sich in freigemeinnütziger Trägerschaft befinden und Angebote im Gesundheits- und im sozialen Bereich vorhalten.

So sind in der BAGFW beispielsweise die sechs „Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege“ in Deutschland zusammengeschlossen: Caritas, Diakonie, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Paritätischer Wohlfahrtsverband und Arbeiterwohlfahrt (AWO).



Büro Rützel

TEILHABE

WERKSTATTRÄTE-KONFERENZ

Anfang September fand wieder die Werkstattträte-Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion statt. Wir sprechen mit Werkstattträtinnen und Werkstattträten aus ganz Deutschland darüber, wie wir das bisherige Entgeltsystem verbessern können, den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt, über Barrierefreiheit im Nahverkehr — und über alles andere, was unseren Gästen unter den Nägeln brennt. Ein wichtiger und fester Termin in meinem Jahreskalender.



SPD Kreis Miltenberg

RENTE

TAGUNG DER RENTENBERATER

Ich war zu Gast bei der Jahrestagung der Rentenberater in Würzburg. In meinem Grußwort habe ich die Rentenpolitik der Regierung dargestellt.

Rentenberater leisten eine unabhängige Rechtsberatung im Bereich des Sozialrechts und weiterer Rechtsgebiete, sind wie Rechtsanwälte tätig und werden auch so bezahlt. In etwa mit einem Steuerberater vergleichbar.

HOCH HINAUS

BEI MAGIRUS UND DAIMLER IN NEU-ULM

Hoch hinaus — auf der Drehleiter in 32 m Höhe über dem IVECO Magirus Gelände in Neu-Ulm. Mit mir im Korb waren der dortige Landtagskandidat Daniel Fürst und Magirus-Präsident Thomas Hilse. Vor dem luftigen Termin gab es



noch einen „Eltern-Dialog“, in dem wir Ideen für eine familienfreundliche Arbeitswelt gesammelt haben. Und einen Termin bei der Daimler Busses GmbH, wo es um die Antriebsstoffe der Zukunft ging: Batterie, Wasserstoff oder Biogas.



Bernd Rützel



Edith Rützel

INKLUSION

BOGENTURNIER IN RIENECK

Das inklusive Bogenturnier auf der Burg Rieneck war für mich als Rienecker ein Ausflug in die Vergangenheit. Hier habe ich als Kind gespielt und durfte nun auch als Erwachsener wieder Spannendes erleben.

Lebenshilfe, AWO, Mainfränkische Werkstätten, SOS Kinderdorf Hohenroth und das St. Josef Stift Eisingen stellten Mannschaften. Der Spaß stand natürlich im Vordergrund, trotzdem wurde sehr engagiert um die Podiumsplätze gekämpft. Vor Ort traf ich auch Thomas Brugger (li.). Er ist dreifacher Weltrekordhalter, viermaliger Europameister und Gewinner unzähliger namhafter Turniere. Er ist auf Tour, um Menschen für das Bogenschießen zu begeistern.

Mit Klick auf das Foto geht es zur Homepage der Veranstalter von ep-extratouren aus Rieneck, die als gemeinnützige Bildungsträger mit dem Schwerpunkt Erlebnispädagogik für Kinder Jugendliche und Menschen mit besonderem Förderbedarf diese tolle Veranstaltung organisiert haben.



Büro Rützel

EUROPAWAHL

MIT KATARINA BARLEY

Das Präsidium der SPD hat Katarina Barley als Spitzenkandidatin zur Europawahl nominiert. Mit ihrer Erfahrung als Bundestagsabgeordnete, Familien- und Justizministerin und seit 2019 als Vizepräsidentin des Europaparlaments bringt Katarina die Haltung und das Format mit, das Europa jetzt braucht.



SPD Unterfranken

60PLUS

UNTERFRANKENTREFFEN

In Oberwerrn fand dieses Jahr das Unterfrankentreffen der SPD-Senioren statt. Eine schöne Tradition, wie immer top organisiert von Michael Biermann und seinem Team. Danke für die Einladung, es war mir eine Ehre. Unsere Senioren sind eine Stütze der Partei, besonders in Wahlkampfzeiten!



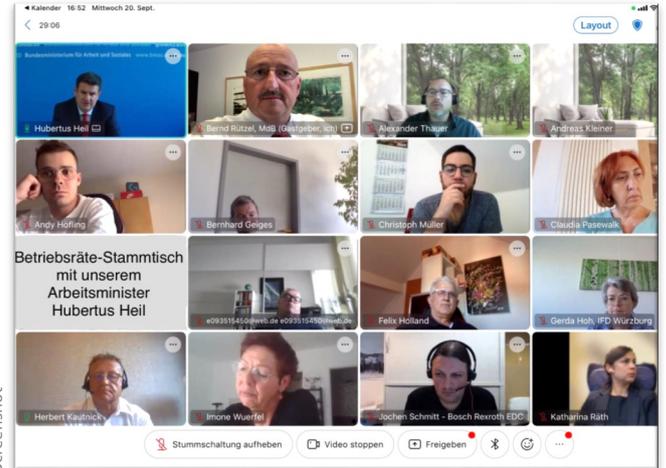
Bernd Rützel

PROTESTTAG

SITUATION DER KRANKENHÄUSER

Mitte September traf ich die Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft Tamara Bischof und Gerald Gaß, den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Krankenhausgesellschaft.

Anlass war der bundesweite Protesttag der Krankenhäuser. Wir sind uns einig, dass eine Krankenhausreform kommen muss. Allerdings brauchen fast alle Häuser einen guten Übergang, um sich zukunftsfest und neu aufzustellen.



Screenshot

BETRIEBSRÄTE

STAMMTISCH MIT HUBERTUS HEIL

Mitte September fand einmal mehr mein regelmäßiger Betriebsräte-Stammtisch statt, den ich seit 2009 ausrichte. Diesmal war ein ganz besonderer Gast dabei: unser Arbeitsminister Hubertus Heil.

Wir haben über bessere Tarifbindung gesprochen, unsere Rentenpolitik und Kurzarbeit, aber auch über eine aktivere Industriepolitik, die Krankenhausreform und den Industriestrompreis.



Büro Rützel

KANADA

SASKATCHEWAN IM BLICK

Das Land ist einfach zu zeichnen und schwer zu buchstabieren: Saskatchewan ist eine Provinz in Kanada und zweimal so groß wie Deutschland.

Zur Eröffnung des Berliner Büros war ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Deutsch-Kanadischen Parlamentariergruppe, deren Vorsitzender ich bin, zu Gast am Leipziger Platz. Namhafte deutsche Unternehmen investieren gerade sehr viel im Land. Das wollen wir unterstützen.

KURZ & KNAPP

TERMINE IM SEPTEMBER



Edith Rützel

GEMÜNDEN

Das „PopUpCafé“ des SPD-Kreisverbands machte Station in Gemünden. Klar, dass ich mit auf dem Marktplatz war, um Pamela Nembach (Landtag) und Monika Poracky (Bezirkstag) zu unterstützen.



SPD Würzburg

WÜRZBURG

Unser SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Rolf Mützenich, war auf Einladung des Würzburger Landtagskandidat Alexander Kolbow zum Gespräch mit Personal- und Betriebsräten in der Domstadt. Mit dabei waren auch Lore Koeber-Becker (Würzburger Bezirkstagskandidatin) und MdL Volkmar Halbleib aus Ochsenfurt.



Team Kliem

STRAUBING

Landtagskandidaten in ganz Bayern baten mich in den letzten Wochen um Termine, in denen es um Arbeit und Soziales ging. Anfang September führte mich eine Einladung zur Karmelitenbrauerei in Straubing. Seit 2017 ist die Brauerei fast energieautark. Wir sprachen auch über Tarifbindung und Tarifverträge. Ich war auf Einladung des niederbayerischen Landtagskandidaten Marvin Kliem vor Ort und habe mich sehr über den herzlichen Empfang und die sehr guten Gespräche gefreut.



SPD Lohr

LOHR

Spatenstich für das neue Klinikum Main-Spessart: Der Landkreis baut ein hochmodernes Krankenhaus mit höchstem Qualitätsanspruch. Die Versorgung der Menschen auf dem Land ist das A&O und wir werden diese — unterstützt durch die Krankenhausreform von Karl Lauterbach — gewährleisten.

KURZ & KNAPP

WEITERE TERMINE IM SEPTEMBER



Edith Rützel

BERLIN

Bevor die Haushaltsdebatte zum Einzelplan 11 Arbeit & Soziales im Bundestag debattiert wurde, traf ich mich mit dem Außenminister von Togo, Robert Dussey. Die Sahelzone zu stabilisieren ist ein wichtiges außenpolitisches Ziel — auch um einen Migrationsdruck von dort gar nicht erst entstehen zu lassen.



Bernd Rützel, SPD Großwallstadt

NIEDERBERG

Wahlkampf in Niedernberg zum Thema Wärme und Energie: Landtagskandidat Samuel Herrmann, Bezirkstagskandidatin Andrea Schreck und Karlheinz Paulus, Fraktionsvorsitzender im Kreistag und Energieberater standen Rede und Antwort.



Bundespräsidialamt

SCHLOSS BELLEVUE

Beim Empfang des Bundespräsidenten im Schloss Bellevue traf ich zufällig den 1. Bürgermeister von Veitshöchheim Jürgen Götze (Foto), und den Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina Christian Schmidt. Es sind diese Begegnungen mit spannenden Menschen, die wichtig sind und neue Erkenntnisse bringen.

OBERNAU



Bernd Rützel, SPD Obernau

Auf der Jubiläumsfeier „100 Jahre SPD Obernau“ traf ich die Aschaffenburg SPD-Spitze um Tobias Wüst, Eric Leiderer, MdL Martina Fehlner, Oberbürgermeister Jürgen Herzing und Vorgänger Klaus Herzog, die SPD-Chefs Manuel Michniok und Sophie Peter, Erich Henke, Daniela Trier und Landtagskandidat Michail Fotokehagias (AB-Land).

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpoliti-
sche Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 8. Oktober sind Landtagswahlen in Bayern. Der Wahlkampf läuft und ich bin viel in meinem Stimmkreis am Bayerischen Untermain unterwegs. Sei es bei Podiumsdiskussionen, an den Infoständen in der Aschaffener Fußgängerzone oder bei spontanen Begegnungen – ganz wichtig ist mir auch jetzt der persönliche Austausch. Das Zuhören, das Erklären. Und das unermüdliche Werben dafür, wählen zu gehen, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die anstehenden Wahlen finden in einer politisch bewegten, von Unsicherheit geprägten Zeit statt. Viele Menschen machen sich Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes oder geraten zunehmend selbst in finanzielle Nöte. Da ist die Furcht vor einer weiteren Zuspitzung des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine. Vor den Folgen des Klimawandels. Auch die Frage nach der Steuerung von Zuwanderung treibt viele Menschen um. Auch ich weiß: Vor uns liegen große Herausforderungen. Aber es sind Herausforderungen, die gemeinsam und innerhalb einer demokratischen Kultur lösbar sind.

Dass Rechtspopulisten bestehende Ängste und Unsicherheiten ausnutzen, um die Gesellschaft mit einer Ideologie des Hasses und des Misstrauens auseinan-

derzutreiben suchen, das ist eine Entwicklung, die uns allen Sorgen bereiten muss.

Gerade in diesen schwierigen Zeiten sollten wir uns des hohen Wertes unserer Demokratie mehr denn je bewusst sein: Wir haben freie Wahlen, Meinungsfreiheit, eine unabhängige Justiz, gleiches Recht gilt für alle, wir sind geschützt vor staatlicher Willkür. Was uns selbstverständlich erscheint, ist in vielen Ländern der Welt nur ein ferner Wunschtraum.

So zeigt eine Studie aus dem vergangenen Jahr, dass autokratische Regierungen wieder auf dem Vormarsch sind. Immer mehr, auch scheinbar stabile Demokratien, weisen zudem „Defekte“ auf. Der negative Trend lässt sich etwa am Beispiel der USA, Israels, Ungarns oder Polens beobachten. Deshalb möchte ich insbesondere auch an junge Menschen und Erstwähler appellieren: Bitte nutzen Sie Ihr Wahlrecht. Geben Sie Ihre Stimme ab für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir dürfen den Rechtspopulisten jetzt nicht das Feld überlassen.

Ich selbst werde erneut für ein Mandat im Bayerischen Landtag kandidieren. Weil ich ein modernes, gerechtes und weltoffenes Bayern weiter voranbringen möchte. Weil ich mich starkmachen will für mehr Lehrer. Mehr Kitas. Mehr Betreuungsplätze. Für gute Arbeit. Für starke Wirtschaftsbetriebe in der Region. Weil mir eine menschenwürdige Pflege ebenso wichtig ist wie Klimaschutz, der für alle leistbar ist. Auch in Zukunft will ich mich mit aller Kraft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein respektvolles Miteinander und Füreinander einsetzen.

Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de